

Weimarer Republik



Philipp Scheidemann

Der November 1918 gilt als Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Nach der Ausrufung der Republik und der Abdankung des Kaisers stand der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert an der Spitze der Revolutionsregierung und wurde zum entscheidenden Wegbereiter der Weimarer Republik. Für die Arbeiterbewegung als maßgeblichen Träger der Revolution waren die wenigen Wochen bis zur Wahl der Nationalversammlung ein Zeitraum, in dem die Erfüllung aller ihrer Forderungen möglich erschien. Für die SPD war die Zusammenarbeit mit den alten Eliten aus Wirtschaft, Militär und Verwaltung eine Notwendigkeit, um die kurzfristige Stabilisierung der Republik zu garantieren und einen Bürgerkrieg zu verhindern. Ein Pakt mit der Reichswehr war Teil dieser riskanten politischen Strategie, die Ende Dezember 1918 zum Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten führte.



Friedrich Ebert



Rosa Luxemburg

Links von der SPD hatte sich ein Frustpotenzial angesammelt, das durch die Gründung der KPD neuen Auftrieb bekam und eine zweite Revolutionswelle entfachte. Am 5. Januar 1919 kam es zu einem Massenaufmarsch in Berlin, bei dem die Weiterführung der Revolution gefordert wurde. In den folgenden Tagen eskalierte die Situation, sodass Ebert die bewaffneten Aufstandsversuche gewaltsam niederschlagen ließ. Zu den über 150 Opfern gehörten auch die vermeintlichen Anführer des Januaraufstands Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die von einem rechten Freikorps erschossen wurden.



Die Schauspielerin Sents Söneland agitiert für das Frauenwahlrecht zur Nationalversammlung 17.1.1919



Unter diesen Voraussetzungen fanden am 19. Januar die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Hier erhielten Frauen zum ersten Mal das aktive und passive Wahlrecht. Die SPD wurde mit 37,9 % zwar stärkste Kraft, verpasste jedoch gemeinsam mit der USPD die Mehrheit. Zusammen mit dem Zentrum und der DDP bildeten die SPD-Abgeordneten die sogenannte Weimarer Koalition, die in den nächsten Jahren das Rückgrat der jungen Republik bildete. Die Nationalversammlung wählte Ebert zum neuen Reichspräsidenten, während Scheidemann Reichsministerpräsident wurde.

Krisen prägten die ersten Jahre der Republik, die insbesondere die SPD vor harte Bewährungsproben stellte. Schon im Juni 1919 trat Scheidemann als Ministerpräsident zurück, nachdem der letzte Versuch, die Bedingungen des Versailler Vertrags zu ändern, gescheitert war. Gustav Bauer wurde sein Nachfolger und warb für die Zustimmung zum Vertragswerk, da bei einer Ablehnung eine Seeblockade und die Besetzung Deutschlands drohte. Am 23. Juni votierte die SPD zusammen mit dem Zentrum und der USPD für die Annahme des Versailler Vertrags. Angesichts der Dolchstoßlegende schon als „Novemberverbrecher“

Die Hetzkampagnen der republikfeindlichen Anhänger ‚von rechts‘ zahlten sich aus: Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 verlor die SPD 16 Prozentpunkte und die Weimarer Koalition damit ihre Mehrheit – wie sich zeigen sollte, für immer.

Nachdem die NSDAP infolge der Auflösung des Reichstags bei den Wahlen im September 1930 indes auf 18,3 % emporgeschwungen war, entschied sich die SPD-Fraktion, das Kabinett Brüning zu tolerieren, um weitere Parlamentsauflösungen zu verhindern. Aufgrund dessen sah sie sich gezwungen, die drastische Sparpolitik Brünings zu billigen, die viel härtere Einschnitte von der Arbeiterschaft erforderte, als diejenigen, über die die Große Koalition zerbrochen war. Zu dieser Politik des kleineren Übels gehörte auch die Unterstützung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg bei dessen Wiederwahl gegen Adolf Hitler 1932. Der Übernahme der Macht durch die Anhänger der Nazis stand bloß noch die von dem Sozialdemokraten Otto Braun angeführte Regierung in Preußen im Weg und die damit einhergehende Befehlsgewalt über den preußischen Polizeiapparat. Hindenburg und der neue Reichskanzler Franz von Papen suchten einen Anlass, um das langjährige „Bollwerk der Demokratie“ zu zerschlagen. Nach dem „Altonaer Blutsonntag“ übernahm das Reich, unter dem Vorwand, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen nicht mehr gewährleistet wäre, staatsstreichartig die Gewalt in Preußen. Die SPD entschied sich auf den „Preußenschlag“ nicht mit Gewalt zu reagieren, da sie einen Bürgerkrieg fürchtete. Ebenso verzichtete sie auf die Ausrufung eines Generalstreiks, der aufgrund der geschwächten Position der Gewerkschaften während der Wirtschaftskrise keinen Erfolg versprach. Trotz enttäuschter Proteste aus der Arbeiterbewegung blieb die SPD damit ihrem strikten Legalitätskurs treu und ließ die vielleicht letzte Gelegenheit verstreichen, die republiktreuen Kräfte zu mobilisieren, so lange dies noch möglich war. Am 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, war es dafür zu spät.

